

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 7.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
**Telegramm-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 10/21 — **Telefon** 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 2.50 M., bei Platzvorschrift 3.— M.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 2.— M.; Reklame-Kolonelleise 10.— M. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Verhandlungen über das Moratorium. Drei oder fünf Jahre?

Paris, 1. Dezember. Der Londoner Korrespondent des Welt Journal meldet, daß die Vorschläge Rathenaus in London großen Schwereigkeiten begegneten. Der Ministerrat, der gestern zusammengetreten war, wurde im letzten Augenblick abgelehnt. Wahrscheinlich werden die englischen Minister erst übermorgen zusammenzutreten können, um die Vorschläge von Sir Robert Hornes zu studieren. Andre Londoner Meldungen besagen, daß technische Schwierigkeiten bei der Prüfung der Moratoriumsfrage bestehen. (Das Kabinett hatte tatsächlich keine Zeit, die Angelegenheit zu prüfen.) Dr. Rathenau wird wahrscheinlich noch einmal mit Robert Hornes, dem englischen Schatzminister, zusammenzutreffen. Rathenau forderte ein fünfjähriges Moratorium, während England nur drei Jahre bewilligen wird. Eine endgültige Entscheidung wurde in den Besprechungen zwischen Rathenau und den englischen Delegierten noch nicht getroffen. Der Umstand, daß das Finanzabkommen vom 13. August über die Verteilung der Reparationssummen auf die einzelnen Alliierten von Frankreich noch nicht ratifiziert wurde, ist ein weiteres Hindernis. Sollte sich Frankreich weigern, dieses Abkommen zu ratifizieren, so würde die englische Regierung die Durchführung des Abkommens von Wiesbaden nicht zulassen. In dieser Hinsicht wurden Rathenau seinerlei Missionen gemacht. England fordert die Durchführung des Finanzabkommens, und die Vorschläge, die Deutschland in dieser Hinsicht machte, konnten England nicht überzeugen.

Der Londoner Korrespondent des Deuree erklärt, daß England auf den Zahlungen vom 13. Januar bestohe und daß England Deutschland hierfür eine Anleihe zur Verfügung stellen werde. Für die weiteren Zahlungen würde Deutschland ein Ausschub von drei Jahren gewährt werden. Der Londoner Matin-Korrespondent erklärt, daß Dr. Rathenau die Einberufung einer internationalen Finanzkonferenz wünsche, um die Reparationsfrage zu regeln, daß er sich aber gegen eine internationalisierte Finanzkonferenz ausspreche, weil Deutschland auf einer solchen nicht auf gleichem Fuße mit den Alliierten verhandeln könne.

London, 1. Dezember. Reuters berichtet, daß in den bisherigen Erörterungen noch nicht konkrete Formen angenommen habe. Bohrgutunterrichter verläutet, daß augenblicklich darüber verhandelt werde, auf welche Weise Deutschland in die Lage versetzt werden könne, seine Finanzen in Ordnung zu bringen, da die Ansicht vorherrsche, daß bevor die deutschen Finanzen auf eine gesicherte Grundlage gestellt würden, keinerlei Aussicht auf große Reparationszahlungen bestehe. Britische Finanzkreise seien der Ansicht, daß, wenn kluge Maßnahmen zur Restorierung der Finanzlage angenommen würden und diesen Maßnahmen genügend Zeit zum Wirken gelassen werde, die Aussichten auf Reparationsleistungen durch Deutschland befriedigend seien. Andererseits werde geglaubt, daß, wenn sofort Maßnahmen gegen den Schuldner angewendet würden ohne Rücksicht auf seine Zahlungsfähigkeit und ohne Rücksicht darauf, daß die Staatsmaschine in Deutschland in Gang erhalten werden müsse, ein finanzielles Durcheinander und ein politisches Chaos sicher sei. Es wird darauf hingewiesen, daß dies von der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht genügend erkannt wird, obgleich wahrscheinlich die radikalsten Staatsmänner nicht blinder gegen diese Möglichkeiten sind als ihre Kollegen in London.

## Zurückweichen der Regierung in Steuerfragen.

Berlin, 2. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In Regierungskreisen rechnet man mit ziemlicher Bestimmtheit mit der Gewährung des Moratoriums, man drängt aber darauf, daß die gesamten Steuererträge möglichst noch vor der Weihnachtspause erledigt werden. Ob diese Erwartung sich verwirklichen wird, ist freilich nach dem Stand der Verhandlungen über die Steuererträge in den verschiedenen Kommissionen einigermaßen zweifelhaft. Im Vorwärts moniert ein Reichstagsabgeordneter, daß die Regierungsvertreter in den Steueraussschüssen nicht alles ausbieten, daß an den vorgesehenen Steuererträgen festgehalten wird. Es mache sich bemerkbar, daß wir keinen voll verantwortlichen Finanzminister haben. Zum Beispiel forderte bei den Beratungen des Branntweinmonopols der Demokrat Dietrich aus Baden unter Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei und der USV die Regierungsvertreter auf, doch nicht bei jedem Abänderungsantrag sofort zurückzweichen, sondern zunächst die Fassung des Entwurfs zu verteidigen und zumindest zu erklären, welche Gründe für die Fassung des Entwurfs maßgebend gewesen seien. Das Verhalten der Regierungsvertreter müte wie eine Ergänzung der stillen Obstruktion der Opposition an. Es sei kein Zweifel, daß bei allen Vorlagen wesentliche Abminderungen erfolgt seien und obendre ganz abgesehen wurden. Zu der Herabminderung der Einnahmen durch die Geldentwertung kommen jetzt noch die tatsächlichen Abstriche in den Kommissionen. Für die Koalitionsparteien und die Regierung erwache die Pflicht, sich mit diesen Erscheinungen einmal ernstlich zu beschäftigen.

## Strefemann für Koalition bis zu Kergl.

Berlin, 2. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Auf eine Neubeurteilung des Abgeordneten Strefemann in der Zeit, daß es möglich sein müsse, auch die deutschnationale Volkspartei in die Regierung einzubeziehen, antwortet die Zentrums-Parlamentaris-Korrespondenz: „Bevor Strefemann daran denken sollte, die deutschnationale Volkspartei in diese Konstellation hineinzuziehen, scheint es uns zweckmäßiger und richtiger, wenn er

erreichen könne, daß die widerstrebenden Kreise seiner eigenen Partei von der von uns sehr betonten Notwendigkeit der großen Koalition durchdrungen wären. Daß es auch in der deutschnationalen Volkspartei Kreise gibt, die diese Notwendigkeit anerkennen, wollen wir nicht bezweifeln. Zweifelhaft erscheint es uns aber, ob es bei der heutigen Führung und der heutigen Geistesverfassung der deutschnationalen Volkspartei auch nur im Bereich der Möglichkeit liegt, die deutschnationale Volkspartei auf diesen Gedanken einzustellen.“

## Demonstrationen gegen die Teuerung in Wien.

### Ausschreitungen und Plünderungen.

In Wien ist es gestern wegen der immer höher steigenden Teuerungswelle zu Proteststreiks und großen Kundgebungen gekommen. Die Bewegung ist ganz plötzlich und überraschend ausgebrochen; auch die Führer der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei sind nicht unterrichtet gewesen. Verschiedene Ansichten deuten darauf hin, daß eine kommunistische Minderheit die in der Arbeiterkassette vorhandene Erbitterung über die Teuerung ausgepöht hat um nach den bekannten Mustern eine kommunistische Aktion in die Wege zu leiten. Im Anschluß an die Kundgebungen ist es zu schweren Ausschreitungen, Tumulten und Plünderungen gekommen. Auch versuchten die Demonstranten, mit Gewalt in das Parlamentsgebäude einzudringen. In Hotels, Warenhäusern usw. sind arge Verwüstungen angerichtet worden. Bei Zusammenstößen mit der Polizei sollen zahlreiche Personen verwundet worden sein. Die Polizei soll über 400 Verhaftungen vorgenommen haben.

Ueber die Vorgänge liegen die folgenden Meldungen vor:  
Wien, 1. Dezember. (WV.) Heute nachmittags kam es zu großen Kundgebungen wegen der Teuerung. Schon in den ersten Nachmittagsstunden fanden sich namentlich aus dem Arbeiterbezirk Floridsdorf Tausende von Arbeitern im Innern der Stadt ein, zogen in Massenzüge vor das Parlament und besaßen sich sodann in die inneren Stadtteile. Dort kam es vor einer großen Anzahl von Kaufhäusern und Geschäften zu großen Kundgebungen, in deren Verlauf viele Geschäfte fast vollständig ausgeplündert wurden. Die Demonstranten schlugen in den Geschäftsflokalen die Fensterscheiben ein und drangen dann in das Innere der Geschäfte, wo sie sämtliche Lebensmittel, Schuhe und andre Bekleidungsstücke raubten. Die Polizei war den Plünderern gegenüber vollständig machtlos.

Wien, 1. Dezember. (WV.) Die Arbeiter in den Floridsdorfer Fabrikbetrieben legten mittags die Arbeit nieder. Sie versammelten sich zu einem Zuge durch die Stadt, der sich zum Parlament bewegte. Dort angelangt, entzündeten sie eine Abordnung unter Führung eines sozialdemokratischen Abgeordneten zum Bundeskanzler, dem sie im Beisein des Finanzministers eine Reihe von Forderungen zur Bekämpfung der Teuerung und ihrer Hauptursachen vorlegten. In den ersten Nachmittagsstunden schlossen sich der Kundgebung auch Arbeiterzüge aus den andern Fabrikbezirken an. Wie das Abendblatt der Arbeiterzeitung mitteilt, hat die Abordnung der Floridsdorfer Arbeiter der Regierung folgende Forderungen überreicht: Bewirkung des sozialdemokratischen Finanzplans, insbesondere Anforderung der ausländischen Wäskten und staatliche Kontrolle des Devisenhandels, strenge Strafen für Zunderhandlung, Anforderung alles Goldes, auch jenes der Kirchen und Klöster, neue Besteuerung, Zahlung einer progressiven Vermögenssteuer, Verbot der Einfuhr aller Luxusartikel, Abbau des staatlichen Lebensmittelaufkaufes. — Heute abend tritt die sozialdemokratische Fraktion des Arbeiterrats in Wien zu einer Sitzung zusammen. Morgen abend findet die Vollversammlung des Arbeiterrats statt.

Wien, 1. Dezember. In den späten Abendstunden gelang es der zahlreich aufgetretenen Polizei zu Fuß und zu Pferd, auf dem Ring einigermaßen Ruhe zu schaffen. Es waren aber noch verschiedene Trupps von Arbeitern in der Stadt in Bewegung. Es gilt als nicht ausgeschlossen, daß es noch zu weiteren Ausschreitungen kommt. Die Polizei verhaftete eine Anzahl Personen, die in Lastautos unter Begleitung Bezirksleiter eingeliefert wurden. Man fand bei ihnen aus den Plünderungen herkommende Wertgegenstände sowie Kleidungsstücke. Um zu verhindern, daß verantwortungsvolle Elemente, die auch bei den heutigen Demonstrationen die Hauptrolle spielten, dieses Treiben erneut versuchen, wurden alle behördlichen Sicherungsvorkehrungen getroffen. Eine abends erscheinende Kundgebung des Volksrepräsentationsverbands Anstaltungen und Zusammenrottungen. Zwischen der Regierung und den politischen Parteien fanden Besprechungen statt, als deren Ergebnis eine entsprechende Einwirkung auf die Bevölkerung und im weiteren Zuge die Vermeidung der Wiederholung der heutigen Vorgänge erwartet wird.

Wien, 2. Dezember. (WV.) In der Konferenz der sozialdemokratischen Vertrauensmänner erklärten der Bundeskanzler und der Finanzminister, daß alle Punkte des sozialdemokratischen Programms nach Möglichkeit durchgeführt werden müßten. Die verlangte Erlassung der Wäskten- und sonstigen Börsengewinne sei technisch undurchführbar und würde auch nur verschlechternd wirken. Bezüglich des Exports und des Imports wäre man teilweise durch internationale Verträge gebunden.

## Ein schwarzer Tag.

### Der Dollar = 190 Mark.

Noch sind über die Verhandlungen Rathenaus mit den Finanzleuten Englands und der englischen Regierung keinerlei positive Nachrichten vorhanden. Wenn nicht alles täuscht, darf man jedoch annehmen, daß ein Moratorium, ein Zahlungsausschub auf eine heute noch unbekante Frist zustandekommt. Ueber die Bedingungen eines solchen schwebt noch vollständiges Dunkel. Es wird über eine Dauer von 3 bzw. 5 Jahren berichtet. Was aber die endgültigen Ergebnisse all der finanzpolitischen Auseinandersetzungen in England sein werden, vermag heute kein Mensch mit irgend welcher Sicherheit abzusehen.

Nichtsdestoweniger haben die Verhandlungen in London auf der Börse eine geradezu katastrophale Entwicklung genommen. Vor gestern stürzte der Dollar unaufhaltsam von 275 auf etwa 230. Am gestrigen Tage setzte die Baiss-Bewegung von neuem ein und brückte den Dollar auf den Stand von 190 zurück. Dieser phänomenale Sturz des Dollars in wenigen Tagen um bald 100 ist für die Entwicklung der finanzpolitischen Verhältnisse in Deutschland von einschneidender Bedeutung. Hunderte von Millionen Mark werden im Verlaufe weniger Stunden an der Börse verloren, denn mit dem Rückgange der Devisenkurse müssen notwendigerweise alle anderen Effekten, Aktien Wertpapiere usw. im selben Maße sinken, so daß alle die kleinen und großen Spekulanten, die auf ein weiteres Ansteigen hofften, über Nacht Millionen eingebüßt haben. Die Kursabschlüsse der wichtigsten Industriepapiere sind folgende:

Bachumer Hel um 220, Deutsch-Duremburg 350, Gelsenkirchen 235, Harpener Bergbau 585, Hoelsch 420, Jzle 410, Rheinix 330, Rhein Stahl 500, Nobel-Dynamit 420, Höchster Harbwerke 355, WEG 382, Schudert 315, Drenstein u. Koppel 275, Vinkel-Hoffmann 445, Vogel-Telegraph 500, Gothaer Waggon 300, Görlicher Waggon 300, Schantung 100, Hamburg-Amerika-Linie 282, Hansa 345, Berliner Handelsgesellschaft 210, Deutsche Petroleum 550, Deutsche Erdöl 850.

Wie bei allen Börsenmanövern sind es naturgemäß auch diesmal wieder die Kleinen, die die Hauptlasten zu tragen haben werden. Nicht wenige der Winkel-Spekulanten werden durch den Sturz der Devisen an den Rand des Abgrundes gebracht worden sein. Sie sind nicht imstande, die gewaltigen Verluste durch eigene Kapitalien ausgleichen zu können und sich so den Rücken zu stärken. Andererseits wird bei den Banken eine außerordentlich starke Rückwirkung auf die Kreditfähigkeit zu beobachten sein. Die Banken werden bestürzt, um flüssige Gelder zu beschaffen, damit die Spekulanten wenigstens vorübergehend ihren Verpflichtungen entsprechen können. Der Kredit wird sich verziehen, somit wird die Entwicklung auf dem Kreditmarkt das Chaos auf der Börse lediglich noch vergrößern. Viele der Spekulanten werden gezwungen sein, um flüssiges Geld unter allen Umständen zu schaffen, weitere Effekten trotz starker Verluste zu verkaufen. Das Angebot wird immer stärker und muß so einen weiteren Druck auf den Markt ausüben. Dazu kommt die Tatsache, daß, wie die Börsenzeitungen melden, über Nacht ein starkes Angebot an Devisen erfolgte, eine Bestätigung dafür, daß unsere guten Patrioten die Devisen, die das Reich so notwendig brauchte, um seine Verpflichtungen erfüllen zu können, zurückhielten, um damit die ansteigende Tendenz des Dollars nur noch zu verstärken. Nunmehr kommt der Kaugenamer, die Börse wird bestürzt wie nie zuvor und die wirtschaftlichen Folgen dieser schwarzen Börsentage sind heute noch nicht abzusehen. Es wird darauf ankommen, ob die Banken imstande sein werden, das Kreditbedürfnis ihrer Kunden zu befriedigen, damit diese ihren laufenden Verpflichtungen nachkommen können. Wird die Kreditmöglichkeit der Banken stark eingeschränkt, dann wird es möglicherweise Zusammenbrüche geben, die sich naturgemäß bei der finanzpolitischen Struktur unseres ganzen Wirtschaftslebens lebhaft auf kleinere Unternehmer beschränken werden. Wie bei allen dergleichen Bestrebungen haben im wesentlichen die Mitläufer die Kosten zu tragen und das Ende aller dergleichen Börsenmanöver ist eine weitere Konzentration des Kapitals in den Händen unserer ohnehin schon gewaltigen Kapitalmagnaten, die naturgemäß ob der vielen ihnen zur Verfügung stehenden Gelder über derartige Schwierigkeiten leicht hinwegkommen werden, um so mehr, da sie in besserer Kenntnis der Wirtschaft- und politischen Lage sich rechtzeitig auf eine Baiss-Entwicklung der Kurse eingestellt haben werden.

Wird der niedrige Stand des Dollars von Dauer sein? Das ist eine Frage, die heute jeden Geschäftsmann und nicht nur diesen, sondern ebenso die Arbeiter stark beschäftigen wird, da der Sturz des Dollars notwendigerweise auf die fernere Gestaltung der Preise seine Rückwirkung finden muß. Dabei ist zu beachten, daß die heutigen Preise noch bei weitem nicht dem Höchststande des Dollarkurses angepaßt gewesen waren. Bei einem weiteren Stand des Dollars zwischen 270 und 300 hätten die Preise noch weiterhin eine starke Aufwärtsentwicklung nehmen müssen. Ob der weiteren steigenden Tendenz der Preise durch den Sturz der Devisenkurse von vorgestern und gestern Einhalt getan werden kann, ist zweifelhaft, da die Ursachen des Zusammenbruchs der Baiss-Bewegung